

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 13. März 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/gvx>

Psychiatriereform: Anreize für ambulante Versorgung schaffen

Bundesweit gibt es im psychiatrischen Hilfesystem Probleme und Mängel – mal mehr, mal weniger. So werden viele schwer oder chronisch psychisch kranke Menschen nicht oder zu spät erreicht und demzufolge unzureichend behandelt und betreut; zu häufig werden diese Menschen stationär untergebracht, was aufgrund von mangelnder Finanzausstattung und Personal-mangel zu oft zu Zwangsmaßnahmen führt; chronisch psychisch Kranke sind körperlich Kranken im Sozialrecht nicht gleichgestellt und manches mehr. Bei einer Weiterentwicklung der Psychiatriereform, so fordert es u.a. ein heute einstimmig beschlossener Koalitionsantrag, ist ein Gesamtkonzept für die regionale Pflichtversorgung nötig, in dessen Rahmen alle Teilaufgaben und die Kooperation verantwortlich delegiert und dessen Umsetzung hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit wirksam kontrolliert werden.



Die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert-Gonther verwies darauf, dass Bremen bei der ersten großen Psychiatriereform vor vierzig Jahren führend war: die Auflösung des Klosters Blankenburg und die Abkehr von einer Hospitalisierungs- und Verwahrspsychiatrie. Und heute klappt in Bremen vieles im psychosozialen Bereich besser als andernorts: Hier werden bei der Behandlung psychisch kranker Menschen die Faktoren Wohnen, Arbeit, Freizeit gut berücksichtigt, was im ambulanten Umfeld besser funktioniert als im stationären. Kappert-Gonther kritisierte das neue Psychiatrie-Entgeltgesetz der Bundesregierung, das gegen die Meinungen von Fachleuten, Betroffenen- und Angehörigenverbänden durchgepeitscht wird: Mit der Koppelung der Finanzierung an Krankenhausbetten werden die falschen Anreize gesetzt. Richtig wären solche, die zu einer ambulanten Ausrichtung der Versorgung führen, die individuelle, passgenaue Behandlungen (stationär, teilstationär, ambulant tagsüber und nachts, mehr oder weniger Betreuung) führen.

Bahngüterverkehr nicht ungebremst durch die Stadt führen

Der zunehmende Güterverkehr, insbesondere auch durch den Bau des JadeWeserPorts, erfordert dringend den Ausbau des Schienennetzes und den Abbau von Engpässen und Schwachstellen. Allerdings belastet die Führung über den Eisenbahnknoten Bremen die AnwohnerInnen enorm mit Lärm. Deshalb sollen Alternativen gefunden werden. Ein Antrag der Koalition listet entlastende andere Streckenführungen, technische und finanzielle Maßnahmen auf, deren Umsetzung nun geprüft werden soll.



Der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe betonte, dass die Umrüstungsprogramme der Bremsen viel schneller und entschlossener in Angriff genommen

Was noch?

Am 31. Oktober 1517 soll Martin Luther seine 95 Thesen zu Ablass und Buße an die Tür der Wittenberger Schlosskirche angeschlagen haben. Damit wird der Beginn der Reformation festgemacht. Zum 500-jährigen Jubiläum soll der 31.10. 2017 einmalig gesetzlicher Feiertag werden. Dies unterstützt Bremen, wenn die Mehrheit der Bundesländer es auch so hält.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

werden müssen. Auch sollten Lärmabhängige Trassenpreise nicht nur kleinere Umrüstungsanreize bieten, sondern dazu nötigen, aus wirtschaftlichen Gründen auf Lärmschutz zu setzen. Die Alternative sei eben nicht, den Verkehr von der Schiene auf die Straße zu verlagern, sondern den Schienengüterverkehr an den Städten vorbei. Allerdings können die Oldenburger Kurve und Gleis 1 aufgrund der Rechts- und der Beschlusslage nicht gekippt und rückgängig gemacht werden.

Kompromiss beim Tanzverbot wird allen gerecht

Im vergangenen Februar in 1. Lesung beschlossen, nahm die von der rot-grünen Koalition vorgeschlagene Änderung des Feiertagsgesetzes auch die zweite parlamentarische Hürde. Zwischen beiden Lesungen fand eine Anhörung statt, an der die beiden christlichen Kirchen, aber auch das Gaststättengewerbe teilnahmen.



In der zweiten Lesung des Gesetzes äußerte der innenpolitische Sprecher Björn Fecker Verständnis für die Sorge der Kirchen, die vor einer kompletten Aufweichung dieser Feiertage warnen. Er erklärte aber auch sehr deutlich, dass dies nicht das Ziel des Gesetzes ist. Der Anspruch der Kirchen, dass die Gesellschaft auch Momente der Stille und des Innehaltens benötigt, wird breit geteilt. Das neue Gesetz ist ein ausgewogener, die unterschiedlichen Interessen berücksichtigender Kompromiss.

Energiegenossenschaften und Solarstrom für öffentliche Gebäude

Zwei miteinander verbundene Anträge wurde heute einstimmig beschlossen: "Energiegenossenschaften fördern – Energiewende vorantreiben" und „Solarstrom für öffentliche Gebäude“.

- a. Das Jahr 2012 ist das "Jahr der Genossenschaften". Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien bietet sich das Genossenschaftsmodell an: bei der Nutzung von Hausdächern zur Stromgewinnung aus Sonnenkraft oder bei der Windkraft. Derzeit gibt es einen Run auf Dachflächen und Gelände für Windkraftträder von Großinvestoren, die den kleinen Genossenschaften gegenüber im Vorteil sind, was Vorleistungen betrifft und auch den Zeitrahmen, in dem die Anforderungen an die Errichtung von Solar- und Windkraftanlagen erfüllt sein müssen. Hier soll der Senat tätig werden und u.a. Teile der zur Verfügung stehenden Flächen für Genossenschaften vorhalten.
- b. Die Strompreise steigen. Darunter leiden alle, auch die öffentliche Hand. Werden bislang Dachflächen von öffentlichen Gebäuden an Investoren für die Installierung von Photovoltaikanlagen verpachtet, sollen nunmehr die GebäudenutzerInnen selbst den Strom erzeugen, verkaufen und anteilig nutzen. Weil die Mittel für die Investition nicht vorhanden sind, sollen das "Contracting-Modell" oder das Mieten von Photovoltaikanlagen geprüft werden.



Anne Schierenbeck, für die Energiewende und den Klimaschutz zuständige Abgeordnete, stellte die von ihr initiierten Anträge vor: Es besteht eine große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, in die erneuerbaren Energien zu investieren. Sie sind nicht nur daran interessiert, ihr Geld möglichst gewinn-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

bringend anzulegen, sondern wollen das Geld sinnvoll investieren und sind sogar bereit, einen Teil des Gewinns zu spenden. Beispiele für die Solarenergie gibt es bereits, aber im Bereich der Windenergie gibt es noch Nachholbedarf. Daher der Antrag.

Zur Nutzung des Solarstroms bei öffentlichen Gebäuden führte Anne Schierenbeck aus, dass naheliegend ist, dass die öffentlichen Dächer nicht mehr nur Investoren zur Verfügung gestellt werden, sondern dass auf den Dächern umweltfreundlicher Strom produziert wird, der auch gleich in diesen Gebäuden genutzt werden kann, wo der Strom wird vor allem tagsüber gebraucht wird – genau dann, wenn die Sonne scheint. Es soll nun ein Modellprojekt verwirklicht werden, damit Fragen geklärt werden können, wie eine Eigenstromerzeugung an den Standorten realisiert werden kann, wie die Finanzierung der Anlagen am besten organisiert wird. Dadurch sollen gleichzeitig bei Immobilien Bremen das Know-how und die organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung solcher Projekte geschaffen werden.

WissenschaftlerInnen brauchen Planungssicherheit

Eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes fordert ein Antrag, der breite Zustimmung fand. Dabei soll die derzeit höchst unsichere berufliche und familiäre Planung der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen verbessert werden. Neben der Aufhebung der Tarifsperrse sieht diese Initiative u. a. vor, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in der Promotions- und Habilitationsphase arbeitsvertraglich ausreichend Zeit für die Qualifikation zur Verfügung zu stellen und die Mindestlaufzeiten von Verträgen an die Dauer der Drittmittelprojekte zu binden.



Die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön schilderte das Dilemma: Nach einer aktuellen Studie sind in Deutschland 83 Prozent der WissenschaftlerInnen befristet beschäftigt, davon 53 Prozent mit Vertragslaufzeiten von unter einem Jahr. Bis in das fünfte Lebensjahrzehnt gelten gestandene WissenschaftlerInnen meist als „wissenschaftlicher Nachwuchs“!

Schöns Initiative zielt darauf, ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit und Karriereplanbarkeit für WissenschaftlerInnen zu schaffen und zu verhindern, dass die Wissenschaft nicht die besten Köpfe verliert, weil die Arbeitsbedingungen außerhalb der Wissenschaft deutlich besser sind.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de